



Wöchentlicher Monatsschrift, in Breslau 5 Mark, Wochen-Woche, 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Unterhaltsgebühr für den
Raum einer sechshüftigen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erschienen: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 242. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 27. Mai 1879.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

53. Sitzung vom 26. Mai.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrates: Hoffmann, Hobrecht, Liedemann, Mayr, Bernhard u. A.

Die Beratung über die Getreidezölle wird fortgesetzt: Pos. 9c Malz 1 M. 20 Pf. pro 100 Kg. Richter beantragt, diesen Zollsaat auf 70 Pf. zu erhöhen.

Abg. Richter (Hagen): Der Malzzoll, die natürliche Consequenz der Bewilligung eines Zolls auf Gerste, muß so viel höher sein, als mehr Gewicht an Gerste erforderlich ist, um ein bestimmtes Malz von Malz herzustellen. In den Eingaben der Interessenten ist das Verhältnis so angegeben, daß 130 bez. 133 Einheiten Gerste zur Herstellung von 100 Einheiten Malz erforderlich sind. Der von mir für den Malzzoll vorgeschlagene Satz würde dem Verhältnis von 140 : 100 entsprechen, also dem von 70 Pf. : 50 Pf. Zu dem von der Regierung verlangten besonderen Schatzoll für die Umwandlung der Gerste in Malz liegt gar keine Veranlassung vor. Wenigstens dreifachter der Gerste wird in den Brauereien selbst zu Malz verarbeitet, die Brauereien haben aber durchaus keine Sehnsucht nach einem Schatzoll für die Mälzerie, sie haben vielmehr erklärt, daß sie aus einem solchen Schatzoll nur Nachteile für ihre Interessen befürchten. Dagegen hat allerdings ein Verein süd- und südwärtiger Mälzerieinteressenten und Mälzerie eine Verlangen nach einem Schatzoll ausgesprochen. Begründet ist es durchaus nicht. Die Landwirtschaft ist in Bezug auf die Mälzerie nur mit 4 Pf. am Centner Malz interessiert. Bei Herstellung eines Centners Malz aus Gerste fallen für die Landwirtschaft 4 Pf. Mälzemeine ab. Es beträgt aber die Mälzemeinfuhr gegenwärtig überhaupt nur 1 Mill. Centner, darunter befindet sich auch die Durchfuhr. Sieht man die Ausfuhr in Betracht, so beträgt das Mehr an Mälzemeinfuhr vielleicht 4 Mill. Centner gegenüber einem Consum von mehr als 2 Mill. Centner.

Dieses geringfügige Interesse der Landwirtschaft steht in gar keinem Verhältnis zu dem Interesse, welches sie überhaupt an dem Gedeihen der Bierbrauereien hat. Je weiter eine Brauerei örtlich entfernt ist von den mährischen Kronländern, deren Gerste die Brauer absolut nicht entbehren können, um so mehr muß sie ein Interesse haben, ihre Gerste nicht in Form von Gerste, sondern zur Erparung von Transportkosten in Form von Malz zu beziehen. Die schlesischen Mälzer und Bierbrauer haben daher erklärt, daß sie an dem Malzzoll durchaus kein Interesse hätten, sie verlangen nur einen Zoll auf Malz im Verhältnis zu dem Gewicht der Gerste. Die Mälzer im Westen und Südwesten Deutschlands mögen allerdings ein Interesse daran haben, daß die mährische Gerste als solche und nicht als Malz zu ihnen kommt, aber umso mehr werden die dortigen Brauereien befürchtet, die vorzugsweise auf den Export angewiesen sind. Es ist absolut kein Interesse vorhanden, einen besonderen Schatzoll für die Mälzerie zu konstatieren, die überhaupt nur 2000—2500 Seelen beschäftigt und die wird sie auch künftig beschäftigen.

Geb. Rath Liedemann: Ich bitte Sie, den Antrag Richter abzulehnen. Wenn es ein landwirtschaftliches Produkt gibt, das des Schatzolls bedarf, so ist es das Malz. Augenblicklich findet aus Österreich eine sehr starke Einfuhr von Gerste und eine relativ geringe von Malz statt. Da das Malz um 25 Prozent leichter ist als Gerste, so liegt nach Annahme eines Gerstenzolls die Gefahr nahe, daß das jetzige Verhältnis von Malz- und Gersteinfuhr sich umkehrt. Die Mälzerinteressenten Süddeutschlands führen hierzu folgendes Beispiel an: 8000 Centner Gerste kosten in 80 Waggonladungen von Bonn nach Ludwigshafen à 433 M., zusammen 34,640 M. Fracht, während dieselbe Quantität in Malz sich in 60 Waggonladungen transportieren läßt und dadurch eine Minderfracht von 8860 M. entsteht. Wenn wir statt der 7000 Centner Gersteinfuhr 5000 Centner Mälzemeinfuhr bekommen sollten, so würde das der Rui der bereits sehr zurückgegangenen deutschen Mälzerfabrikation sein. Die Mälzerfabrikation ist für die Landwirtschaft sehr wichtig, denn sie läßt in den Mälzemeinen sehr wichtige Rückstände für die Milch- und Fleischproduktion zurück, sie gibt den Arbeitern im Winter lohnende Beschäftigung, während dieselben im Sommer der Landwirtschaft nicht entzogen werden. Andere Länder erheben noch bedeutend höhere Zölle, z. B. Amerika 20 Prozent vom Wert. Das ergibt bei einem Durchschnittspreis in Deutschland zu 30 Mark pro 100 Kg. etwa 6 Mark. England erhebt 5 Sh. per Quarter Malz, also ungefähr 3,33 M. pro 100 Kg. Die Brauer befürchten allerdings, durch den Malzzoll eine Schädigung des Bierexports, dieser spielt jedoch nur eine sehr geringe Rolle. Die gefärmte Bierproduktion in der Brauereigemeinschaft betrug im vorigen Jahre 21½ Millionen Hectoliter, im rechtsrheinischen Bayern 12 Millionen, in Württemberg, Baden und Elsaß 5½ Millionen. Die Ausfuhr dagegen betrug nur 772,000 Centner, wodurch nicht 2 Prozent der Gesamtproduktion. Endlich sagt man, daß das aus böhmischer und ungarischer Gerste fabricirte Malz besser sei, als das aus deutscher Gerste fabricirte. Man bestreitet diese Behauptung von anderer Seite mit dem Hinweis darauf, daß auf dem Hamburger Markt fortwährend die höchsten Preise erzielt werden für die Saalegerste, welche in Thüringen wächst. Ich bitte deshalb unter Ablehnung des Antrages Richter, die Vorschläge der verbündeten Regierungen anzunehmen.

Abg. Buhl erklärt sich gegen den Antrag Richter. Die Fracht für 100 Kg. Malz von Brünn nach Ludwigshafen kostet 4,33 M., wozu noch 70 Pf. Zoll nach dem Antrage Richter treten, in Summa 5,03 M. Die zur Herstellung von 100 Kg. Malz erforderlichen 133 Kg. Gerste kosten Fracht und Zoll 6,44 M., davon gehen ab 40 Pf. für 5 Kg. Mälzemeine, bleiben übrig 6,04 M. Kosten. Da nun durch die Verwandlung der Gerste in Malz der Wert der Gerste überhaupt um 1,80 M. vermehrt wird, so würde bei diesem Stande der Fabrikationskosten durch eine Frachtdifferenz von 1,01 M. die Mälzerfabrikation im südwestlichen Deutschland einfach unmöglich gemacht werden. Die Vorlage gewährt ihr ohnehin schon einen verhältnismäßig kleinen Schutz, denn auch nach ihr ist die Frachtdifferenz zu Ungunsten der Mälzerfabrikation immer noch 50 Pf. Wenn wir die Mälzerfabrikation mit der ihr ähnlich analogen Weißfabrikation vergleichen, so müßten wir nach dem durchschnittlichen Schutz von 1,20 M. für 100 Kg. Weiß zu einem Satz von 1,75 M. für 100 Kg. Malz kommen. Schon im Jahre 1875 ist unser Mehrinterport von Gerste von 4 auf 5 Mill. M. gestiegen, während der von Malz von 318,000 auf 741,000 M. gestiegen ist. Die Brauereien mit eigener Mälzerie haben ein großes Interesse daran, daß die Mälzerfabrikation nicht so sehr nach dem Osten geht, die Landwirtschaft aber hat an dieser Erhaltung der Mälzerie ein förmliches Lebensinteresse, besonders bei uns, wo der Anbau von Gerste einer der wichtigsten Zweige der Landwirtschaft ist. Wenn man den Schwerpunkt der Mälzerie nach dem Osten verlegt, so wird die Landwirtschaft außerordentlich geschädigt, weil die Gerste dann zur Bedeutung der Futtergerste herabgedrückt wird. Nach meinen Ausführungen müßte ich eigentlich zu der Consequenz kommen, eine Erhöhung des Zolls zu beantragen, ich ziehe diese Consequenz aber nicht, weil ich es nicht gern unternenne, bei der Position „Getreide“ eine Erhöhung zu beantragen und bitte, es bei den Sätzen der Regierungsvorlage zu belassen.

Abg. Sonnenmann: Die ganze Agitation für Erhöhung des Malzzolls stützt sich auf eine Petition südwestdeutscher Mälzerfabrikanten, die auf einer irrtümlichen Grundlage beruht. So behauptet sie, daß unsere Bier-Ausfuhr nur 1 p.C. unserer Produktion beträgt, während sie tatsächlich 3 p.C. davon beträgt, nämlich 2,000,000 Centner Ausfuhr bei 75,000,000 Centner Produktion im Maximum. Dann enthält sie den Irrthum, den sich auch der Herr Vorredner angezeigt hat, daß Deutschland bei einer Einfuhr von 5 Millionen Centner Malz 8% Millionen Mark verlieren würde. Deutschland fügt aber nicht 5, sondern noch nicht 1 Million Centner Malz ein, und bei dieser Berechnung wird der ganze Mehrwert des Malzes über die Gerste als Verlust für das Land aufgeführt, als gebe es für die Fabrikanten keine anderweitige Verwendung des Products. Weiter stützt sich die Petition darauf, daß von West bis Ludwigshafen jeder Doppelcentner Gerste um 6,17 Mark mehr koste. Wenn sie also auf dieser Basis bereit ist, 6,17 Mark durch Fracht und Zoll gefordert ist, so sollte dieser Schutz doch wohl genügen und den Anspruch auf weitere Erhöhung des Malz- und

Gerstenzolls verbieten. Die Bierindustrie ist in unseren Zollvorlagen von einer besonderen Ungunst des Schatzolls betroffen worden. Wir sollen die Brauerei verdoppeln, den Zoll auf Gerste einführen, den Zoll auf Hopfen erhöhen und schließlich noch einen übergrößen Zoll auf Malz einführen. Das richtige Verhältnis ist 70—75 Pf. Malzzoll, der einem Gerstenzoll von 50 Pf. entspricht, wie Herr Richter beantragt, und neben dem Interesse der Mälzerfabrikation verdienen doch wahrlieb die großen Interessen unserer Bierindustrie, welcher diese Steuer nicht rückvergütet wird, jede Rücksicht. Als die Vertreter der Bundesregierungen richte ich aber folgende Anfrage. Der am 1. Januar 1880 ablaufende Vertrag mit Belgien schützt das Malz bis dahin vor jeder höheren Verjölung, auch die anderen davon betroffenen Artikel. Natürlich liegt es im Interesse der Regierung, wenn sie die projectierten Zollerhöhungen möglichst bald in Kraft setzen will, den Vertrag mit Belgien vor dem Termin seines Ablaufs zu lösen, und in den Zeiträumen wird bereits mit Nachdruck gemeldet, daß deshalb mit Belgien verhandelt und zugleich, daß Frankreich und Österreich, die auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes auch von diesen Zöllen Gebrauch machen, einer Entscheidung Belgiens im Sinne vorzeitiger Lösung des Vertrags entgegengetreten sind.

Über diesen Punkt herrscht in meiner Heimat eine große und allgemeine Beunruhigung, ebenso wie über den projectierten Kampfzoll, das Sperrgesetz, die Verhandlungen, die hier geführt sind, und die in der Luft schwelenden surtaxes, die das westliche Handelsgebiet direct berühren. Man fühlt sich dort von einem Notstand bedroht, ähnlich dem, den Österreich über sich kommen sieht. Die zahlreichen, auf längere Zeit abgeschlossenen Verträge auf Lieferung von Malz, Mehl u. s. w. glaubt man der Gefahr der Überraschung durch eine plötzliche, fruhzeitige Löschung des Vertrages mit Belgien ausgesetzt. Eine Erklärung vom Tische des Bundesrates, daß an eine solche Lösung nicht gedacht wird, werden auf den Handel und Verkehr in Westdeutschland günstig wirken und viele Sorgen beseitigen.

Geb. Rath Liedemann: Ich habe nicht, wie der Vorredner glaubt, nach Angabe der Interessenten den Bierexport auf 1 Prozent unserer Produktion, sondern auf Grund der statistischen Erhebungen des Jahres 1875 auf 2 Prozent derselben veranschlagt. Über die Frage des Verhältnisses zu Belgien läßt sich bei der augenblicklichen Geschäftslage überhaupt keine bestimmte Erklärung abgeben. Wie sich die Verhältnisse zu den benachbarten Staaten nach Annahme des vorgelegten Zolltariffs regeln werden, wird erst, nachdem die Tragweite aller Positionen, wie sie sich nach den Beratungen dieses Hauses gestalten werden, zu übersehen sein wird, eingehend von den Regierungen erwogen werden können und auch speziell, wie das Missverhältnis, welches in Folge des Handels-Vertrages mit Belgien besteht, wochentlich selbst bei einem Gerstenzoll Malz zollfrei sein soll, zu beseitigen ist.

Nach Ablehnung des Antrages Richter wird Pos. 9c nach der Regierungsvorlage angenommen.

In Position 9d ist ein Zoll von 3 Mark für 100 Kilogramm Anis, Koriander, Fenkel und Kümmel vorgeschlagen, dessen gänzliche Streichung von den Abgeordneten Stephani und Witte (Mecklenburg) beantragt wird.

Abg. Rath Liedemann: Ich bitte Sie, den Antrag Richter abzulehnen. Wenn es ein landwirtschaftliches Produkt gibt, das des Schatzolls bedarf, so ist es das Malz. Augenblicklich findet aus Österreich eine sehr starke Einfuhr von Gerste und eine relativ geringe von Malz statt. Da das Malz um 25 Prozent leichter ist als Gerste, so liegt nach Annahme eines Gerstenzolls die Gefahr nahe, daß das jetzige Verhältnis von Malz- und Gersteinfuhr sich umkehrt. Die Mälzerinteressenten Süddeutschlands führen hierzu folgendes Beispiel an: 8000 Centner Gerste kosten in 80 Waggonladungen von Bonn nach Ludwigshafen à 433 M., zusammen 34,640 M. Fracht, während dieselbe Quantität in Malz sich in 60 Waggonladungen transportieren lässt und dadurch eine Minderfracht von 8860 M. entsteht. Wenn wir statt der 7000 Centner Gersteinfuhr 5000 Centner Mälzemeinfuhr bekommen sollten, so würde das der Rui der bereits sehr zurückgegangenen deutschen Mälzerfabrikation sein. Die Mälzerfabrikation ist für die Landwirtschaft sehr wichtig, denn sie läßt in den Mälzemeinen sehr wichtige Rückstände für die Milch- und Fleischproduktion zurück, sie gibt den Arbeitern im Winter lohnende Beschäftigung, während dieselben im Sommer der Landwirtschaft nicht entzogen werden. Andere Länder erheben noch bedeutend höhere Zölle, z. B. Amerika 20 Prozent vom Wert. Das ergibt bei einem Durchschnittspreis in Deutschland zu 30 Mark pro 100 Kg. etwa 6 Mark. England erhebt 5 Sh. per Quarter Malz, also ungefähr 3,33 M. pro 100 Kg. Die Brauer befürchten allerdings, durch den Malzzoll eine Schädigung des Bierexports, dieser spielt jedoch nur eine sehr geringe Rolle. Die gefärmte Bierproduktion in der Brauereigemeinschaft betrug im vorigen Jahre 21½ Millionen Hectoliter, im rechtsrheinischen Bayern 12 Millionen, in Württemberg, Baden und Elsaß 5½ Millionen. Die Ausfuhr dagegen betrug nur 772,000 Centner, wodurch nicht 2 Prozent der Gesamtproduktion. Endlich sagt man, daß das aus böhmischer und ungarischer Gerste fabricirte Malz besser sei, als das aus deutscher Gerste fabricirte. Man bestreitet diese Behauptung von anderer Seite mit dem Hinweis darauf, daß auf dem Hamburger Markt fortwährend die höchsten Preise erzielt werden für die Saalegerste, welche in Thüringen wächst. Ich bitte deshalb unter Ablehnung des Antrages Richter, die Vorschläge der verbündeten Regierungen anzunehmen.

Abg. Bötticher hält die finanzielle Ausbeute dieses Zolls nicht für zu gering, da 1877 81,000 Centner dieser Sämereien eingeführt seien, die also nach dem vorgeschlagenen Zollsaat 24,300 M. Zoll gebracht hätten. Der Zoll beträgt nur 4 p.C. des Wertes; er sei daher im Vergleich zum Weizen- und Haferzoll sehr gering. Der gleichmäßigen Bedeutung aller landwirtschaftlichen Produkte wegen empfiehlt Redner die Regierungsvorlage.

Abg. Karsten: Man kann das Material, welches gegessen wird, nicht auf gleiche Stufe mit diesem Material setzen, das in der feineren Fabrikation 7 Millionen M. Wert hat. Der Nachteil der Verjölung für die Industrie wäre größer, als der für die Landwirtschaft etwa daraus zu ziehende Vorteil.

Abg. v. Bötticher: Der Vorredner hat für seine letzte Behauptung keinen Beweis durch bestimmte Thatsachen gegeben. Der bedeutende Wert von 7 Millionen M. wird durch den Zoll nicht erheblich herabgesetzt, im Gegenteil kann eine so entwickelte Industrie den Zoll sehr wohl tragen.

Abg. Richter (Hagen): Weniger kann für die Regierungsvorlage nicht gesagt werden, als hier geschieht. Also weil so große Industrie-Interessen in Frage stehen, kann es auf ein Bisches Nachtheil nicht ankommen! Das läuft ungefähr auf die Theorie hinaus: je mehr Steuern ein Artikel zu tragen hat, desto glücklich wird er sein. Das Mendelssohn'sche Prinzip, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse beim Eingang mit einem gewissen Verzoll zu belegen, ist von der Tariffcommission bei Flachs, Kartoffeln, Gemüse u. s. w. verlassen. Von allen Sämereien belegen sie bloß diese drei mit einem Zoll, weil sie zufällig nicht für die Landwirtschaft, sondern für die Industrie von Interesse sind. Als mildernden Umstand führe ich an, daß diese Stoffe für die Branntweinfabrikation ein sehr wesentliches Interesse haben; rubrikt Sie das nicht? (Heiterkeit.) Es handelt sich hier nicht um ein allgemeines landwirtschaftliches Interesse, sondern eine dem Gartenbau sehr verwandte Spezialität von Production, die nur in ganz gewissen Distrikten Thüringens betrieben wird. Dort ist aber nach den Ausführungen des schuldhörnischen Vereins der Chemisch-Industriellen kein Interesse mehr für den Bau dieser Sämereien vorhanden, weil der Boden dafür viel zu wertlos ist, und der Bau anderer Sämereien dort lohnender ist. Der holländische Kümmel ist, weil dort diese Industrie weiter entwickelt ist, von vorhernein viel wertvoller wie der deutsche, der wiederum dem russischen so überlegen ist, daß russischer Kümmel nach Thüringen geht, um als deutscher verkaufen zu werden. Russland produziert hingegen auf gewissen Flächen einen öhläufigeren Anis, auf den wir angewiesen sind. Man gibt also eine Exportindustrie, die sich glücklich entwickelt hat, Preis, um einen ganz kleinen finanziellen Gewinn einzutragen und eine gewisse Schablone von Werthverjölung landwirtschaftlicher Produkte in einem kleinen Punkte aufrechtzuhalten, nachdem man sie in großen Punkten bereits verlassen hat. Ich muß in der That annehmen, daß die Tariffcommission nicht bei gefunden hat, diesen Artikel so speziell ins Auge zu fassen, sonst hätte sie ihn nach den von ihr sonst beobachteten Prinzipien frei lassen müssen.

Abg. v. Hellendorff: Das wichtigste Quantum dieser Artikel ist nicht blos in Thüringen, sondern fast überall in ganz Deutschland gebaut. Der Kümmel ist eines unserer besten Produkte. Die beim Branntwein verwendeten Massen von Kümmel sind wahrhaft verschwindend gegen die, welche im täglichen Leben verbraucht werden. Wenn die Landwirtschaft sich mehr den Handelsgewächsen zuwenden soll, so sind diese Artikel des Schutzes gewiß bedürftig. Da Holland und der betreffende Theil Rußlands keine andere klimatische Lage als wir haben, so glaube ich, daß die Qualität, sofern sie bei uns schlechter sein sollte, durch Förderung unserer Cultur ausgeglichen werden könnte. Bei der Erwägung aller in Frage stehenden Interessen, wie wir sie bei jedem Zoll eintreten lassen müssen, finden wir, daß hier das Interesse der Landwirtschaft größer ist als das der Industrie. Diese Artikel sind der Gesundheit nicht förderlich, sondern nur Genußmittel, besonders der Kümmel im Branntwein, sie können also recht gut ein Bisches verhüttet werden.

Abg. Sonnenmann: Die ganze Agitation für Erhöhung des Malzzolls

ist in Position 9e wird für Raps und Rübsaat ein Zoll von 0,30 M. pro 100 Kg. vorgeschlagen.

Abg. Karsten beantragt Zollfreiheit für diese Artikel, während v. O. v. (Freudenthal) und v. Ludwig die Erhöhung des Zollsaates auf 1 Mark beantragen.

Abg. v. O. v.: In landwirtschaftlichen Kreisen habe man sich über das niedrige Maß dieses Zolls gewundert; im Stuttgarter landwirtschaftlichen Centralverein habe man diese Position nicht discutirt, weil man einen Irrthum oder einen Schreibfehler dabei vermutete. Man habe bei der Bezeichnung des Zolls eine viel zu große Angstlichkeit für die Delindustrie an den Tag gelegt. Wenn wirklich die gesammte verbrauchte Menge von Raps- und Rübsaat, nicht blos die Einfuhr um den Zoll verhüttet wird, würden sich die Productionskosten für ein Pf. Del. wenn man 250 Pf. Raps auf einen Centner Del. rechnet, um ¼ Pf. verhüttet, dem gegenüber steht aber ein höherer Schatzoll für Del. Die Mehrverfuhr an Raps und Rübsaat beträgt 1.500.000 Cr. im Werthe von 22.000.000 M., oder beinahe ¼ des ganzen Bedarfs. Die Landwirtschaft befindet sich in einer Notlage und wenn man ihr rathe, sich dem Handelsgewächsbau mehr zuwenden, so müsse man den Bau von Raps als eines der vorzüglichsten Handelsgewächse schätzen.

Abg. Karsten empfiehlt die Freilassung von Raps- und Rübsaat; der Zoll würde die Oelfabrikation verhüttet und auch den Export von Del schädigen. Es sei allerdings ein Härtgang des Rapsbaues zu konstatiren; aber derselbe sei darin begründet, daß beim Rapsbau an und für sich ein großes Risiko sei; dann sei der Raps auch durch die Zuckerrüben verdrängt worden und die Zunahme des Petroleumverbrauchs habe eine Abnahme des Delverbrauchs verhüttet. In den Motiven sei gesagt, der Zoll sei der „Abrundung“ wegen auf 0,30 Mark festgesetzt worden; wenn die Abrundung ein Motiv für die Zollfestsetzung sei, dann könne man den Zoll ja auch auf Null abrunden.

Geb. Rath Liedemann bemerkt, daß in den Motiven mehrere Worte ausfallen seien; es sollte der alte Zoll für Raps wieder hergestellt, also auf 20 Pf. festgesetzt werden; diesen Satz hat man der Abrundung wegen auf 30 Pf. erhöht. Der Zoll sei übrigens nothwendig, da die Einfuhr eine sehr erhebliche sei.

Abg. v. Ludwig: Die alte Gewohnheit unserer Feinde, nur für Handel und Industrie zu sorgen, ohne sich um die Landwirtschaft zu kümmern, ist noch nicht verschwunden, wenn auch Herr Braun jetzt nicht mehr furioso, sondern andante agiert. Die Landwirtschaft habe nach dem Werthe der Produkte bemessen viel niedrigere Zölle erhalten als die Industrie. Der Zoll betrage ungefähr 20, der Getreidezoll nur 3 p.C. und der Zoll auf Raps nur 1 p.C. Ich empfehle deshalb die Erhöhung des Zolls. Das kommt denn Herr Karsten, ein Professor der Jurisprudenz (Burau: der Mathematik), ob er, der Mathematik, und erzählt uns, daß der Rapsbau durch den Rübenbau verdrängt und mit einem großen Risiko verbunden sei. Jeder Landwirt weiß aber, daß der Rapsbau in unserem Klima der Sicherheit ist und auf gutem Boden durch den Rübenbau nicht verdrängt werden kann. Die gewöhnliche Fabel, daß das Brot oder das Licht des armen Mannes verhü

fragt in Pos. e 2 den Zollzoll von 0,25 M. auf 0,30 M. für 100 kg resp. von 1,50 auf 1,80 M. pro Festmeter zu erhöhen. — Die übrigen noch vorliegenden Anträge betreffen mehr Specialitäten und beabsichtigen eine anderweitige präzisere Fassung oder Clasifizierung.

Commissarius Geh. Rath Mayr: In den weiterbreiteten und starken, meines Erachtens aber nicht begründeten Aufregung in unseren Ostseehäfen, kommt die unbefangene Würdigung der Verhältnisse weniger zum Durchbruch, als es im Interesse der Nation liegt. Besonders hatten die östlichen Provinzen, abweichend von dem allgemeinen Tarif vor dem Jahre 1865 für Bau- und Nutzhölz einen Stückzoll, und zwar 60 Pf. für einen Stamm Bartholz, 12 Pf. für einen Stamm Weichholz. Nun sollte man meinen, wenn die Wiedereinführung eines Zolls auf Bau- und Nutzhölz ein so großes Unglück in jenen Provinzen wäre, dann müßte doch dort die Aufhebung des früheren Zolls als ein ganz hervorragendes Glück betrachtet worden sein. Aber in den sogenannten Handels- und Gewerberichten, die alle 1—2 Monate in dem preußischen Handelsarchiv abgedruckt werden, ist von 1859—1865, also während 6 Jahren, wo der Holzzoll nicht nur bestand, sondern sich auch dem Ende seines damaligen Bestehens näherte, aus Danzig und Memel über den damaligen deutschen Holzzoll gar nichts bemerkt. Man äußert sich dort über die Concurrenten von Schlesien, Russland und der Pukowina, über den niedrigen Wasserstand der Weichsel, über hohe Einfuhrpreise in Russland, über Stürme im Haff, die den Holzzoll gefährdet haben, über Hafenabgaben, über die Blotade aus Anlaß des dänischen Krieges, über die Höhe der Frachten, über die Überfüllung des Marktes mit polnischen Hölzern, über eine Zollreduktion in England, die damals dem Holzhandel in den Ostseehäfen sehr erwünscht war, aber von dem damals bestehenden deutschen Holzzoll ist gar nicht die Rede.

Auch in den eigentlichen Handelskammerberichten, z. B. in Memel, in Danzig finden Sie unter den mannigfaltigen Wünschen bezüglich der Holzgeschäfte vor 1865 nichts von einem dringenden Wunsch, den Holzzoll aufzuheben. Allerdings Stettin wünschte damals die Aufhebung des Eingangszolls auf Holz, aber als er aufgehoben war, erschienen sich die an die Aufhebung gehofften Hoffnungen nicht. So ist auch in dem offiziellen Bericht der Vorsteher der Kaufmannschaft in Stettin nachher immer nur die Rede von dem verlustbringenden Holzhandel. Auch in Memel war, wie der Gewerbericht sagt, nach Aufhebung des Holzzolles das Holzgeschäft ganz ohne Leben. Eine wesentliche Beeinflussung des Holzgeschäfts aus der Thatssache der Aufhebung des Zolls ist nicht nachweisbar.

In der Eingabe des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Danzig vom 9. April d. J. ist besonders betont, daß es sich bei dem Danziger Holzhandel um den Durchfuhrhandel von Ausland zu Ausland handelt. Ich kann hierbei zunächst Bezug nehmen auf die Ausführungen des Reichsanzlers über den österreichischen Getreidehandel, möchte aber besonders die wenig bekannte Thatssache hervorheben, daß der Handel mit russischem Holz jetzt in viel geringerem Grade Durchfuhrhandel ist als früher. Das russische Holz geht jetzt vorzugsweise in den deutschen Consum über. Ich will Ihnen das an 4 Zahlen vorführen. Wenn man die gesamte Einfuhr von Bau- und Nutzhölzern auf eine Centnermasse reduziert, dann findet man für 1864 folgendes Verhältniß: Im Jahre 1864 betrug die Einfuhr auf der Grenze gegen Russland 22,500,000 Cr., ausgeführt wurden an russischem Holz 18,300,000 Centner. Dagegen sind im Jahre 1877 ausgeführt 14,800,000 Cr., eingeführt aber auf der Grenze gegen Russland 39,300,000 Cr. (Hört, hört!) Ich will damit constatiren, daß wir jetzt durch den Handel mit russischem Holz vorzugsweise eine Concurrente unserer deutschen Holzproduktion haben, und daß wir russisches Holz vorzugsweise zum deutschen Verbrauch einführen. Bezüglich der Höhe des Holzzolles und zwar im Verhältniß zum Waarenvertriebe will ich an die offiziellen Werthe anknüpfen, welche uns das statistische Amt in seinen Veröffentlichungen vorschlägt. Der Werth des Zolls für hartes Holz beträgt etwas über 2 Prozent, für weiches Holz 2,5 Proc., für Böhmen und Bretter 4,2 Proc.; für die außereuropäischen Tischlerhölzer nur 0,4 Proc., für die Fournituren 2 Proc.

Was das Verhältniß des vorgeschlagenen Holzzolles zu den früheren Holzzöllen betrifft, so betrug der frühere allgemeine deutsche Holzzoll bei hartem Holz 16 Pf. pro 100 kg., der neu vorgeschlagene beträgt nur 10 Pf., für weiches Holz der frühere 5,33 Pf., der vorgeschlagene 10 Pf., für Bretter und Böhnen früher zwischen 21,33 und 10,66 Pf., jetzt 20 Pf. Nun behauptet das Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Danzig, und zwar ohne Versuch eines Rechnungsnachweises, daß der vorgeschlagene Zoll für Kiefern- und Tannenhölzer reichlich das Schäfse, für Eichenhölzer etwa das Doppelte des früheren Holzzolles in den östlichen Provinzen betrage. Nach den Schätzungen des statistischen Amtes war der frühere Stückzoll für das Bartholz höher als der jetzt verlangt, jetzt nur 10 Pf., früher 12. Ein Stamm Weichholz zahlte früher 1,20 M., der Cr. also 12 Pf. oder 100 kg. 24 Pf. Danach beträfe allerding der jetzt vorgeschlagene Zoll das Schäfse, aber noch lange nicht das Schäfse. Außerdem kann man annehmen, daß das Durchschnittsgewicht eines Stamms mit 10 Cr. viel zu hoch berechnet ist. Doch will ich darauf kein besonderes Gewicht legen. Wie die Höhe des Zolls, so wird auch das Maß der Umständlichkeiten und Erschwerungen überhaupt, welches die Wiedereinführung des Zolls bringt. Unbequemlichkeiten stehen für den Handel bevor, das wird nicht gelegnet werden können, aber sie sind doch nicht mit der Schädigung oder mit der Vernichtung der Handelsfähigkeit zu verwechseln. Der Holzhandel in Österreich ist überhaupt kein Geschäft, das sich so ungeheuer rasch abwirft. In den Jahrgängen des preußischen Handelsarchivs finden Sie erzählt von vielen hundert und tausend Trachten, die auf der Weichsel überhanden müssen und erst das nächste Jahr herunterkommen. Der Wasserholzhandel ist eine ganz langsam zu Ende gelangende Handelsoperation, bei welcher der Verlust an Zeit, der bei der Zollabfertigung eintritt, ganz und gar nicht in die Wagschale fällt.

Auch nach der Zollbelastung muß das russische Holz den Wasserstrassen mit wenigen Ausnahmen wie bisher folgen, der auswärtige Waldbesitzer muß den Zoll in der Regel tragen. Die einzelnen Stämme und Bäume kann man nicht aus dem Wasser herausnehmen und per Eisenbahn oder sonst wie weiter transportieren, ohne außerordentlich viel größere Kosten zu verursachen, als diejenigen sind, welche der Zoll mit sich bringt. Daß der Russen den Holzholz vorzugsweise tragen müßt, ist bis jetzt noch nicht widerlegt worden, findet aber eine praktische Bestätigung darin, daß von den deutschen Holz-Intressenten nur die, welche in Polen, Galizien oder anderen österreichischen Ländern besitzen, gegen die Holzzölle sind. (Hört!) Wenn aber jemand außerhalb Deutschlands Wälder gekauft hat, so ist er eben Besitzer auswärtiger Waldungen und muß alle Consequenzen tragen, welche das auswärtige Territorium in Folge unserer Handelspolitik treffen müssen, wenn wir uns und für das Ganze der Nation sorgen wollen. (Sehr richtig!) Sollte aber selbst für den Welthandel der russische Holzhandel um ein Minimum im Preise erhöht werden, so kommt in Betracht, daß das russische Holz in seiner Concurrente mit dem Auslande durch seine bessere Qualität gesichert ist. In den Berichten der Städte Memel und Danzig können Sie lesen, daß namentlich die schwedische Concurrente, wenn nicht das russische Holz von solcher Qualität wäre, den Holzhandel ruinirt hätte. Deutschland hat in der letzten Zeit Millionen über Millionen Nutz- und Bauholz eingeführt, während in den deutschen Waldungen seit Jahren der Abfall steht. 1864 betrug der Überschuß der Einfuhr 8 Millionen Centner, von 1872 auf schwankte er zwischen 58 und 36 Millionen Centner, 1877 betrug er noch 44 Millionen Centner, selbst 1878 unter den ungünstigsten Abfallverhältnissen haben wir noch 38 bis 39 Millionen Centner Mehreinfuhr. Diese Mehreinfuhr kommt in erster Linie auf Russland, in zweiter auf Österreich, in dritter auf Amerika. 1870/71 hatten die Vereinigten Staaten eine Holzeinfuhr von über 9 Millionen Dollars an Werth und eine Ausfuhr von mehr als 10 Millionen. 1876 und 1877 haben die Vereinigten Staaten eingeführt 4,700,000 Dollars an Werth, also ein großer Rückgang der Einfuhr, aber ausgeführt 14,780,000 Dollars an Werth. Daß diese dauernde Mehreinfuhr während einer Stützung des Abfalls im Innlande stattfand, ist aus den Einnahme-Ergebnissen unserer Staatsforsten nachweisbar.

Nach einer vorläufigen Ermittelung der preußischen Staatsforstverwaltung wird sich für 1878 abermals ein Rückgang der Einnahme um 3½ Millionen Mark ergeben. Es ist Thatssache, daß aus den deutschen Forsten außerordentlich viel weniger Nutzhölz abgesetzt werden kann, als in ihnen geschlagen werden könnte, da wir unser eigenes, vollkommen brauchbares Nutzhölz nicht verwerthen können, aber fremdes Nutzhölz in großen Mengen einzuführen. Die bayerische Staatsforstverwaltung kann z. B. nur etwa ein Drittel zu Nutzhölz einschlagen, während man in Sachsen in der Lage ist zwei Drittel als Nutzhölz auszunutzen. Vorjähriges deutsches Nutzhölz muß zu Brennholz eingeschlagen werden. Es wäre doch besser, die deutsche Forst- und Kohlenproduktion zu heben und durch die Vermehrung des deutschen Nutzhölz einzulagern zugleich den inneren Handel zu beleben! In Sachsen wurden im Jahre 1876 zu Nutzhölz eingeschlagen 590,000 Festmeter, im Jahre 1877 nur 401,000; in Baiern 1876 — 1,215,000 Festmeter, im Jahre 1877 nur 976,000; in Württemberg 1876 — 426,000, 1877 nur 257,000 Festmeter und dabei 44 Millionen Mehreinfuhr von Nutz- und Bauholz aus dem Auslande! Daß diese Mißstände eigentlich erst in neuerer Zeit so entschieden zu Tage getreten sind, liegt allerdings theilweise auch

daran, daß erst mit der großen Entwicklung des österreichisch-ungarischen Bahnnetzes die volle Concurrente für ganz Deutschland zum Durchbruch gekommen ist. An der Erhaltung einer guten Waldrente hat nicht blos eine gewaltige Anzahl deutscher Forstbesitzer ein unmittelbares Interesse, sondern auch die große Menge von Personen, die mit Waldarbeit und Holzverarbeitung im Inneren Deutschlands beschäftigt sind und nur leben können, wenn die Waldrente erhalten wird, sowie viele Gemeindesteuerpflichtige. Nun beantwortet zwar der Verfasser einer kleinen Broschüre die Frage: „Wer bezahlt in Deutschland Waldungen?“ dahin, „außer den Staaten und Städten Gemeinden nur eine beschränkte Anzahl sehr großer Grundherren, die gewöhnlichen Bürger und Bauern haben keine Waldungen.“ Aber in Bernhards Forststatistik ist folgendes zu lesen: „Der Privatwaldbesitz beträgt in Preußen 53 Prozent, im Westen ist derselbe vorherrschend in der Hand des Kleinbesitzes, theilweise auch ungemein parzelliert, vielfach Genossenschaften und Interessengesellschaften gehörig, im Osten allerdings mehr in der Hand der Großgrundbesitzer.“

Für Bayern sagt dasselbe Buch: „Die Privatwaldungen nehmen in Bayern fast die Hälfte der gesamten Waldfläche ein, 14 Prozent derselben gehören dem Großgrundbesitzer, wenn man schon einen Besitz von 125 Hectaren einen Großbesitz nennt, 86 Prozent dem kleinen Besitzer.“ Aus der Anbau-Statistik vom Jahre 1863 ergibt sich, daß damals in Bayern die 3,598,000 Tagwerke der bayerischen Privatwaldungen auf nicht weniger als 311,644 Hectaren verteilt waren. (Hört! hört! rechts.) Bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes wird geradezu die Substanz des deutschen Waldes gefährdet; es würde zur Unmöglichkeit werden, die deutsche Forstpolizeigefehlgebung aufrecht zu erhalten und weiter auszubilden, wenn die ökonomische Grundlage des Forstbesitzes fehlt. (Sehr richtig! rechts.) Niemand wird daran denken können, die 2500 Quadratmeilen des deutschen Waldes in der Qualität von blohen Luxusparcs zu erhalten. Geben Sie sich keiner Täuschung hin, wenn die ökonomische Grundlage für die deutsche Forstwirtschaft fällt, dann fällt auch der deutsche Wald. Schützen Sie durch Holzzoll die conservativen deutsche Forstwirtschaft gegen die ausländische, vielfach aus Raubbau hervorgehende Überproduktion! (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Richter (Meissen) [auf der Tribüne sehr schwer verständlich]: Die Zahl der bei dem Holzzoll Interessierten ist nicht groß. Schon der Getreidezoll war nicht überall populär. (Heiterkeit.) Der Holzzoll ist es noch weniger. Trotzdem darf er in dem Systeme eines Schutzes aller Bodenprodukte nicht fehlen. In der Mitte zwischen dem Holz produzierenden Osten und dem Holz konsumirenden Westen, könnte Deutschland mit seinen Produktionsverhältnissen zufrieden sein, wenn nicht die Einrichtungen des Verkehrs unseres Abfalls nach Westen sehr geschmäler hätten. Ist doch selbst das Holz zur Pariser Weltausstellung von Galizien durch Deutschland getragen worden. Bei dem Mangel an statistischem Material, dem das Reichsforstamt bisher leider nicht abgeholzen, sind wir in der Beurtheilung unserer forstwirtschaftlichen Verhältnisse nur auf Schätzungen angewiesen. Der deutsche Waldbesitz ist zum grössten Theile in den Händen des Staats, der Communen, Stiftungen und anderer juristischer Personen. Die kleinen Besitzer nehmen das Holz zum eigenen Bedarf aus dem Wald; eine gezielte Bewirtschaftung ist bei ihnen nur selten zu finden. Sie sind deshalb bei dem Zoll nicht direct interessirt; doch werden sie von demselben den indirekten Vortheil haben, daß, wenn die Forstwirtschaft im Ganzen sich hebt, auch ihre Forstwirtschaft sich gleichmäßig mit hebt muss. Wenn die Motive behaupten, daß die deutsche Forstwirtschaft auf der Höhe der Zeit steht, daß sie andererseits darniederliege und daß sie den Bedarf nicht könne, so liegt in diesen Sätzen nur anscheinend ein Widerspruch. Unsere deutsche Forstwirtschaft hat sich seit Anfang unseres Jahrhunderts in den Händen des Staats und der Großgrundbesitzer so außerordentlich entwickelt, daß wir mit Stolz auf sie bliden können. (R.-Ans.)

○ Berlin, 26. Mai. [Schulfest zur goldenen Hochzeit des Kaiserpaars. — Dementi. — Ober-Secr. am] Der Cultusminister hat die Provinzialbehörden auf die Angemessenheit einer Schulfeier an dem Tage der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars hingewiesen. Die Feier des Geburtstages des Kaisers soll für die Gestaltung der bevorstehenden Feier zum Muster dienen. — Offiziell wird geschrieben: Im Zusammenhang der jetzigen Conjectural-Politik über die Folgen der vom Centrum eingenommenen Stellung in den wirtschaftlichen Fragen wird auch die Frage in den Zeitungen erörtert, ob die sog. Amnestie, welche man am 11. Juni erwartet, sich auf Verurtheilungen in Folge des Kulturkampfes erstrecken werde. Es ist dies müßiges Gerede, veranlaßt durch die gänzlich unwahre Behauptung über die Ausdehnung der zu erwartenden Begnadigungen. — Das kaiserliche Ober-Secr. hat am 25. Mai über den Seeunfall des Schooners „Theodor“ verhandelt. Der Spruch des Secr. amts zu Hamburg, daß kein Grund vorliege, dem Schiffer Berg, dem Antrag des Reichs-Commissarius gemäß, die Befreiung zur Ausübung seines Gewerbes zu entziehen, wurde vom Ober-Secr. bestätigt. Am 24. Mai verhandelte dieses über den Seeunfall des Schooners „Göschken von Dur.“ Das Secr. amts zu Emden hatte auch hier eine Entziehung des Gewerbes für den Schiffer Schon nicht für begründet erachtet. Gegen diese Entscheidung war vom Reichscommissar Beschwerde eingelegt. Das Ober-Secr. bestätigte jedoch lediglich den Spruch des Secr. amts zu Emden.

= Berlin, 26. Mai. [Das Sperrgesetz im Bundesth. — Dementi. — Ober-Secr. am] Der Cultusminister hat die Provinzialbehörden auf die Angemessenheit einer Schulfeier an dem Tage der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars hingewiesen. Die Feier des Geburtstages des Kaisers soll für die Gestaltung der bevorstehenden Feier zum Muster dienen. — Offiziell wird geschrieben: Im Zusammenhang der jetzigen Conjectural-Politik über die Folgen der vom Centrum eingenommenen Stellung in den wirtschaftlichen Fragen wird auch die Frage in den Zeitungen erörtert, ob die sog. Amnestie, welche man am 11. Juni erwartet, sich auf Verurtheilungen in Folge des Kulturkampfes erstrecken werde. Es ist dies müßiges Gerede, veranlaßt durch die gänzlich unwahre Behauptung über die Ausdehnung der zu erwartenden Begnadigungen. — Das kaiserliche Ober-Secr. hat am 25. Mai über den Seeunfall des Schooners „Theodor“ verhandelt. Der Spruch des Secr. amts zu Hamburg, daß kein Grund vorliege, dem Schiffer Berg, dem Antrag des Reichs-Commissarius gemäß, die Befreiung zur Ausübung seines Gewerbes zu entziehen, wurde vom Ober-Secr. bestätigt. Am 24. Mai verhandelte dieses über den Seeunfall des Schooners „Göschken von Dur.“ Das Secr. amts zu Emden hatte auch hier eine Entziehung des Gewerbes für den Schiffer Schon nicht für begründet erachtet. Gegen diese Entscheidung war vom Reichscommissar Beschwerde eingelegt. Das Ober-Secr. bestätigte jedoch lediglich den Spruch des Secr. amts zu Emden.

= Berlin, 26. Mai. [Das Sperrgesetz im Bundesth. — Dementi. — Ober-Secr. am]

Wie nachträglich bekannt wird, stellte im Bundesrat bezüglich des Sperrgesetzes der bayerische Bevollmächtigte einen Antrag behufs Einschränkung der Wirksamkeit des Gesetzes auf den jetzt vorliegenden Bedürfnissfall, das ganze Gesetz nur für „gegenwärtig verfaßten“ Reichstag gelten zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag Hamburgs und Lübecks: nach § 4 des Gesetz-Entwurfs folgenden neuen Paragraphen aufzunehmen: „Der Bundesrat ist befugt, falls das betreffende, dem Reichstag im Entwurfe zur Beschlusffassung vorgelegte Gesetz (§ 1) in Kraft tritt, die Erstattung bezw. Wiederabschreibung von Zollbeträgen, welche auf Grund der Anordnung des Reichsanzlers von bis dahin gesetzlich zollfreien Gegenständen oder über den bis dahin gesetzlichen Zollzoll hinaus entricht, oder zu Lasten des Zollschuldners angeordnet sind, zu bestimmen, wenn der überzeugende Nachweis geführt wird, daß die Bestellung der eingeführten Waaren durch die Empfänger schon vor dem 7. Mai d. J. in gutem Glauben stattgefunden hatte“, wurde abgelehnt. Für denselben stimmten nur die 3 Hansestädte. Auf Anregung Lübecks wurde constatirt, daß bei Ablehnung des Antrags von der Ansicht ausgegangen worden ist, daß das in Betreff der Gewährung von Zollnachlässen bisher angewandte Verfahren auch bezüglich solcher Zölle Anwendung finden werde, welche auf Grund des in Rede stehenden Gesetzes vorläufig in Hebung gelegt werden.

[Festsetzung auf Grund des Reichsgegesetzes vom 21. October 1878.] Diejenigen, welche den verbotenen Vereinen „Deutsches Zistermer-Gewerbe“ und „Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen“, sowie dem „Allgemeinen deutschen Töpferverein“ gegenüber Verbindlichkeiten zu erfüllen oder Vermögensobjekte desselben in Gewahrsam haben oder Forderungen an den Verein zu haben vermeinten, werden hierdurch aufgefordert, ihre Verpflichtungen resp. Ansprüche binnen vier Wochen bei den Liquidatoren, Polizei-Inspectoren Livinius und Schröder in Berlin, anzumelden.

○ Schweiß.

Zürich, 21. Mai. [Die Wiedereinführung der Todesstrafe. — Aus der Bundesversammlung. — Stämpfli + Vom Gotthardtunnel. — Nach Sageden.] Die Freunde der Humanität haben die Schlacht am 18. verloren und müssen sich damit trösten, daß sie es zu einer so starken Minderheit gebracht haben. Der Bundesbeschluß über Wiedereinführung der Todesstrafe (mit Ausnahme politischer Vergehen) ist mit (soweit bis jetzt bekannt) 198,614 gegen 180,143 Stimmen angenommen worden. In 17 Kantone, unter denen 8 sonst liberale, überwog das Ja, in 8 das Nein. Letztere sind: Bern, Zürich (die beiden grössten Kantone), Baselstadt, Baselland, Thurgau, Neuenburg, Genf und zu seiner besonderen Ehre auch das ultramontane Tessin. Bern (wo sich leider nicht die Hälfte der Bürger beteiligte, andernfalls das Gesamt-Ergebnis für Nein ausgeschlossen wäre) lieferte 27,977 Nein und 22,268 Ja, Zürich 36,219 Nein und 19,171 Ja, Neuenburg 9621 Nein und 1834 Ja, Genf 5600 Nein und 864 Ja (diese beiden Kantone haben sich am bravsten gehalten), Tessin etwa 7500 Nein und 4000 Ja. Von den annehmenden Kantonen seien erwähnt: Luzern mit 13,258 Ja und 6248 Nein, Freiburg mit 12,188 Ja und 5719 Nein, Solothurn mit 4851 Ja und blos 14 weniger Nein, St. Gallen mit 23,751 Ja und 13,711 Nein, Aargau (der schöne Culturnanton) mit 21,000 Ja und 14,003 Nein, Waadt mit

amerikanischen Hölzer im Innlande nicht produciren. Jedenfalls schädigen die Holzzölle weite Kreise, den Transithandel und die Schiffahrt. Man würdigt jetzt mit Unrecht die große Bedeutung des Handels herab, um die zugehörige Schädigung zu rechtfertigen. Der Handel als solcher, mit Ausnahme des Transithandels, hat gar kein Interesse an den Tariffen. Den Exporthandel sollte man wenigstens stärken, denn er zeigt den innländischen Fabrikanten, wie er für den Weltmarkt fabrizieren soll. Das ist allerdings manchen Fabrikanten, die unsolide liefern, sehr unökonomisch. Die Holzzölle schädigen die Interessen unzähliger kleiner Leute an den Ostseeküsten, deren Schiffe nur für den Holzhandel gebaut sind, sie schädigen den Einzelnen Bürger und Bauern haben keine Waldungen.“ Aber in Bernhards Forststatistik ist folgendes zu lesen: „Der Privatwaldbesitz beträgt in Preußen 53 Prozent, im Westen ist derselbe vorherrschend in der Hand des Kleinbesitzes, theilweise auch ungemein parzelliert, vielfach Genossenschaften und Interessengesellschaften gehörig, im Osten allerdings mehr in der Hand der Großgrundbesitzer.“

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Dienstag 12 Uhr. (Zweite Lesung des Sperrgesetzes; Zolltarif.)

Berlin, 26. Mai. [Amtliches] Se. Majestät der König hat dem Herzoglich anhaltischen Staats-Minister v. Kroisigk den kgl. Kronenorden I. Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichtsrath Matthäus zu Vries den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Inspector Malib am Städlerischen Kunstinstitute zu Frankfurt a. M. den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem Schloßhauptmann von Homburg, Grafen Eltz zu Eltzville, den Königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Corbett-Capitän Embichl im Admiralsstaat den Königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem früheren Ober-Schulmeister und Stadtverordneten Sack zu Altona den Königlichen Kronenorden vierter Klasse; dem Stadtältesten Bygalski zu Riebel im Kreise Pomst und dem Gemeindevorsteher Kuhn zu Draschnicken im Kreise Insterburg das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Lohgerbergesellen Heinrich Krull zu Hildesheim und dem Krugbesitzer Weichert zu Olschönen im Kreise Oelsko die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Dem Kaiserl. Consul Cewe in Rio Grande do Sul ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienste ertheilt worden.

Der Hilfslehrer H. Noloff in Nienburg ist zum Lehrer an der Bauernschule in Nienburg ernannt und angestellt worden.

Berlin, 26

14,263 Ja und 8630 Nein. Bemerkenswerth ist, daß sogar in den ultramontanen Cantonen ungefähr 25,700 Nein abgegeben wurden, ungerechnet die Taufende ultramontaner Stimmen in den Cantonen Bern, Solothurn, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau. Betreffend nun die Wirkung des Volksbeschusses, so werden sich wahrscheinlich nur 9 ultramontane Cantone mit dem Euruus eines Henkers als hohen Staatsbeamten ausstatten. In der Waadt, wo die Mehrheit bloß wegen der lieben Cantonalsoverwaltung für die Todesstrafe stimmte, haben die Staatsbehörden bereits erklärt, daß sie keine Guillotine wieder aufzurichten gedächten. Aus den vorhergehenden Preßstimmen und Versammlungen wollen wir doch noch einigen todesstraflichen Unstimm mittheilen. Ein Zürcherischer reformirter Geistlicher, welcher überdies noch dem Vereine für freies Christenthum angehören will, meinte: ob es denn so unbillig sei, wenn der Staat einen Verbrecher, der in mörderischer Absicht einem friedlichen Bürger in's Auge steche, auch wieder das Auge ausschlässe? Derselbe verlangte jedoch aus humanen Rücksichten, daß die Todesstrafe nicht so roh und offen vollzogen werde, und schlug vor, den Hinrichtenden mit Kohlendampf, Einspritzungen unter die Haut oder Vergiftung der Speisen vom Leben zum Tode zu bringen. Den Meisterschuh hat aber doch der zugerische katholische Geistliche, welcher den Verurtheilten der Wohlfeilheit und Wissenschaft wegen zur Fütterung wilder Thiere in Zoologischen Gärten oder zur Dissection empfahl. — Man muß nun erwarten, daß die Ultramontanen und Föderalisten ihr Glück weiter versuchen und andere Artikel der ihnen widerwärtigen Bundesverfassung, namentlich die Chelfreiheit, das Civilstandsgesetz, die Niederlassungsfreiheit, die weltliche Schule, die Militärorganisation, in Angriff nehmen. Der „Bund“ äußert jedoch in seinem Leitartikel: „Die freisinnige schweizerische Nationalpartei hat keinen Grund, durch das Resultat vom letzten Sonntag sich entmutigen zu lassen. Die Abstimmung über die Todesstrafe war vielleicht die härteste Probe, auf welche die Verfassungstreue unseres Volkes überhaupt gestellt werden konnte, und das Volk hat diese Probe keineswegs unrühmlich bestanden. Nahezu die Hälfte der stimmenden Bürger hat ein Veto gegen die Wiederaufrichtung des Schaffots auf Schweizerboden eingelegt. Welches andere Volk würde in gleicher Lage sich besser bewährt haben? Die starke Minderheit, die gegen den Henker protestirt hat, läßt von vorn herein dessen Thätigkeit. Wenn ferner die kompetenten Behörden aus dieser starken Minderheit die Kraft geschöpft haben, weiteren Angriffen auf die Bundesverfassung entschlossenen Widerstand zu leisten, so war der 18. Mai 1879 auch für die große schweizerische Nationalpartei keineswegs ein verlorner Tag.“ — Am 2. Juni wird die Bundesversammlung ihre Arbeiten wieder aufnehmen. — In Bern ist 59jährig einer der ausgezeichneten Staatsmänner gestorben, welche die Schweiz je besessen hat: Jacob Stämpfli, welcher in den höchsten Aemtern und Würden seines Heimathcantons und der Eidgenossenschaft eine nachhaltige Wirklichkeit entfaltete; drei Mal war er Bundespräsident. Er war viele Jahre lang Führer der radicalen Partei von Bern, welche 1846 zum Sieg gelangte; in eidgenössischen Dingen huldigte er einer schärfsten Centralisation und einer würdigen Haltung nach außen. Sein entschiedener Rath, 1859 das neutralistische Nordsavoyen in Besitz zu nehmen, wurde leider nicht befolgt. Aus dem Bundesrath trat er 1868 aus, um Präsident der „Eidgenössischen Bank“ zu werden, blieb aber Großer Rath und Nationalrath. Man hat ihm ein feierliches Begräbniss bereitet, statt des von ihm selbst gewünschten stillen. — Der Gotthardtunnel erreichte Ende April 12,990,9 Meter im Firstvollen. — An Zürcherischen und anderen Gaben kann das österreichisch-ungarische Consulat 17,202 Francs nach Szegedin senden.

Franreich.

Paris, 24. Mai. [Parlementarisches.] — Zur Blanqui-Frage. — Der Erzbischof von Aix. — Die Hinrichtung von Anger. — Aus der Akademie. — Der Fürst von Bulgarien. — Die Kammer nimmt heute ihre Verhandlungen wieder auf. Bei Beginn der Sitzung hat sie einen Vicepräsidenten zum Ersatz für Alb. Grévy zu wählen. Als Candidat der Linken ist gestern in einer Parteiversammlung Sénard bezeichnet worden. Er gehört der nämlichen Gruppe an, deren Mitglied auch Alb. Grévy war, d. h. der gemäßigten Linken. Im Palais Bourbon haben sich gestern viele Commissionen vereinigt, namentlich auch die Presz-Commission, deren Präsident Emile de Girardin ist, und welche angestellt der neuen Preszprozeß, besonders desjenigen, der gegen Paul de Cagagnac angestrengt wird, ihre Arbeiten zu beschleunigen sucht. Desgleichen hielt die Untercommission, welche mit der Prüfung der Wahl Blanqui's beauftragt ist, eine ziemlich lange Sitzung. Sie besteht aus fünf Mitgliedern, von denen jedoch nur vier anwesend waren. Vor diesem Ausschusse erschien Clemenceau als der Vertheidiger Blanqui's und motivirte in einer ausführlichen Rede die eigenthümliche Forderung, daß man Blanqui nicht von der Kammer ausschließen dürfe, ohne ihn selber angehört zu haben. Von Seiten Clemenceau's kann auch dieser Vorschlag nicht mehr überraschen. Der Wortsührer der Intransigenten hat aber mit seinem Plaidoyer nichts ausgerichtet, die Commission beschloß mit 3 gegen 1 Stimme, die Ungültigkeit der Wahl Blanqui's zu beantragen. In einem anderen Saale des Palais Bourbon waren die Vorstände der vier republikanischen Gruppen der Kammer zusammengetreten. Hier handelt es sich um die Interpellation über die mangelhafte Anwendung der Amnestie, welche Lockroy an die Regierung zu richten beabsichtigte. Man discutierte lange über die Zweckmäßigkeit einer solchen Interpellation hin und her, aber es gelang den gemäßigten Republikanern nicht, Lockroy und seine Freunde von derselben abwendig zu machen. Die Interpellation wird heute angekündigt und die Debatte soll auf den nächsten Donnerstag festgestellt werden. Im Namen der Regierung wird nicht, wie es hieß, der Minister des Innern, Lepère, sondern der Justizminister Le Royer auf dieselbe antworten. Die „Debats“ sprechen heute die Überzeugung aus, daß das Resultat der Debatte ganz zum Vortheile der Regierung ausfallen werde. Dem Ministerium, sagen sie, ist seine Haltung ganz klar vorgezeichnet. Wenn das Cabinet z. B. die Herren Henri Noëfort und Jules Vallès amnestiren wollte, so würde es damit nicht bis jetzt gewarriet haben. Diese Schriftsteller sind bekannt, ihre Laufbahn war eine öffentliche und es war nicht nötig, ihre Antecedenz durch eine amtliche Untersuchung ans Licht zu ziehen. Da die Regierung ihnen bisher nicht die Amnestie gewährt hat, so will sie ihnen offenbar überhaupt nicht gewähren und darin zeigt sie sich des Vertrauens der Kammer und des Senats würdig. Herr Lockroy ist anderer Ansicht; die Kammer wird zwischen ihm und dem Ministerium entscheiden. Das Urtheil scheint uns nicht zweifelhaft, aber wenn wir uns täuschten, wenn die Kammer sich wirklich im Sinne der Radicalen ausspräche, würden dann diese Radicalen eine so große Zufriedenheit empfinden, wie sie glauben lassen? Nichts ist weniger gewiß. Die Rückkehr der Koryphäen der Commune bereiten, aber die Herren Clemenceau und Lockroy hätten sich in Acht zu nehmen. Clemenceau ist durch seine letzte Rede im Circus Fernando dem Ministerium eher nützlich als schädlich gewesen. Die Zeitungsartikel mit der Unterschrift Jules Vallès würden dem Cabinet

vielleicht noch nützlicher sein. Aber, wird man vielleicht sagen, warum denn nicht diese nützlichen Leute nach Frankreich zurückkehren lassen? Einzig und allein, antworten wir, ausachtung für die öffentliche Moral, für das Gefühl des Landes und für das Gefühl, welches morgen die Kammer kundgeben wird. Ist das nicht ein genügender Grund? Was die Radicalen angeht, die sich in ihrem Stadtviertel populär machen wollen, indem sie die vollständige Amnestie verlangen, so sind sie gegenwärtig dem Widerstand der Regierung und der Kammer ungefähr in der Lage des Mannes, der angesichts eines Trauersalles, dem er persönliche Vortheile verdankt, sagte: Ich habe die größte Mühe resignirt zu scheinen, denn im Grunde bin ich entzückt. — Es scheint, daß die Untersuchung über die jüngste Rede des Erzbischofs von Aix beendigt ist, und daß sie ein ungünstiges Ergebnis für diesen Prälaten liefert hat, denn man versichert, daß er wegen Beschimpfung der Regierung vor Gericht gestellt werden wird. — Die „Agence Havas“, welche in den letzten Tagen mit Dementi viel zu thun hat, dementiert jetzt die Behauptung, daß der Mörder Laprade vor seiner Hinrichtung in Agen von den Schaftrichterhelfern mishandelt worden sei. Die von den Blättern begebenen Details dieser Misshandlung waren leider so präziser Art, daß mit diesem trocknen Dementi nicht viel ausgerichtet ist. Die Regierung wird wahrscheinlich im Parlament zu einer ausführlicheren Erörterung gezwungen werden. Das Curiofeste dabei ist, daß die „Agence Havas“ selbst die besagten Details den Provinzial-Journalen übermittelt hatte. — Der Conflict in der Akademie macht viel von sich reden. Der vierköpfige Ausschuss, welcher über die Zulässigkeit der Reden Henri Martin's und Emile Ollivier's entscheiden sollte, hat bekanntlich die Verantwortlichkeit für eine solche Entscheidung nicht auf sich nehmen wollen, und er hat an das Plenum der Akademie appellirt, welches in Folge dessen auf den nächsten Dienstag berufen ist. Nun beweist man aber der Akademie von allen Seiten, daß sie gar nicht das Recht hat, im Plenum in dieser Angelegenheit ein Urtheil abzugeben. Nicht nur widersetzen sich dem die Reglements und die Überlieferung, sondern es könnten auch allerlei bedenkliche Folge entstehen. Denn wenn die Versammlung der vierzig Unsterblichen so gewissermaßen officiell für die Zulässigkeit einer Rede entschiede, so würde sie für Alles, was die Redner sagen, officiell verantwortlich werden, und, bemerkt ein Jurist im „Figaro“, wenn es dann einem Redner einfiele, wie Ernest Renan es gethan, in unangenehmer Art von Deutschland zu sprechen, so könnte der Fürst von Hohenlohe Erklärungen über solche Neuerungen beanspruchen, weil er dieselben als den offiziellen Ausdruck der Gesamtmeinung einer offiziellen französischen Körperschaft zu betrachten hätte. — Der Fürst von Bulgarien Alexander von Battenberg kommt heute in Paris an. Er wird am Montag einem großen Empfang bei Waddington bewohnen. Diesem Empfang geht ein Diner vorher, zu welchem viele Diplomaten, Senatorn und Deputirte eingeladen sind.

Provinzial-Beitung.

B. Breslau, 27. Mai. [Hocheuer.] Gestern Abend 11½ Uhr wurde die Hauptfeuerwache von der Nikolaihorrache aus mit dem Signal „Hocheuer“ alarmirt. Erste rückte deshalb unter Leitung ihres Directors Herzog in voller Stärke nach der Wallfischgasse Nr. 2 (Wallfisch) gelegenen Brandstelle. A tempo erschienen dort auch sämtliche Thorwachen. Die Nikolaihorrache befand sich bei Ankunft der Hauptwache bereits in Thätigkeit. Es brannte die in dem obenerwähnten Grundstück gelegene, den Herren Gediner und Oberrohrhart Adam gehörige Reitbahn. Dieselbe ist ganz aus Holz erbaut, besteht aus der Reitbahn selbst und darüberliegendem Heuboden, daran schließen sich die Stallung und Wagenremise. Die Reitbahn grenzt unmittelbar an die Schöller'sche Kammgarn-Spinnerei. — Die nächste Thätigkeit der Feuerwehr und der Stallleute galt der Entfernung und Sicherung der 16 im Stalle befindlichen Pferde. Trotz aller Anstrengungen gelang dies nicht vollständig. Das Feuer hatte im gestreuten Stroh ausreichende Nahrung gefunden und dadurch sich mit großer Schnelligkeit ausgebreitet. Die Pferde wurden durch den Quaum betäubt, auch theilweise liegend vom Feuer umzingelt. Es war nur möglich, 12 Pferde den Flammen zu entreißen, die übrigen 4 fand man erstickt und vom Feuer schwer verletzt in ihren Ständen vor. — Obgleich der Holzbau binnen wenigen Minuten vollständig von den Flammen ergreifen worden war, gelang es der eifrigsten Thätigkeit der Feuerwehr doch, das Feuer auf den Stall und den Oberbau der Reitbahn zu beschränken. Nach etwa 2 Stunden war jede Gefahr beseitigt und die Abräumungsarbeiten konnten beginnen. Die Feuerwehr unterzog sich sogar noch der Mühe, die Decke der Reitbahn durch eingebrachte Stützen vor dem Einsturz zu bewahren. — Erst um 4 Uhr Morgens verließ die Hauptwache die Brandstelle. — Die Bauleute, dem Kaufmann Pantell gehörig, sind in der städtischen Feuer-Societät, Pferde und Mobilen in der Schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft versichert. — Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt, dürfte aber wohl der Unvorsichtigkeit einzelner Stallleute zuzuschreiben sein. Noch ehe die Nikolaihorrache anderweitig Nachricht erhielt, hatte ihr Wachposten den Brand bemerkt und das Zeichen zum Aufrücken gegeben. Die Wache liegt Nikolaiplatz 2, also der Reitbahn vis-à-vis.

— d. Breslau, 24. Mai. [Verein zur Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen, genannt „zur Eintracht.“] In der jüngst abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung kam u. A. auch der Kassen-Abschluß pro 1878 zum Vortrage. Bei 1324 Mitgliedern betrug die Einnahme 9092 M., die Ausgabe 8658 M. (darunter 5490 M. Beerdigungs-gelder, 1277 M. Verpflegungsgelder &c.), so daß ein baarer Bestand von 434 Maf verbleibt. Das Vermögen des Vereins beträgt 6982 M. (40 M. mehr als im Vorjahr). Am Stelle des Stadtraths a. D. Rahner ist der Schuhwaren-Fabrikant Reinhold Frey (Kupferschmiedestr. 16/17) zum Vorsitzenden des Vereins gewählt worden.

Breslau, 26. Mai. [39. Versammlung des Vereins schlesischer Tierärzte.] Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden, Dr. Ulrich, mit der Mitteilung eröffnet, daß der Verein die Ehre habe, Herrn Regierungsrath Lucanus aus Opeln in seiner Mitte zu sehen. Nach Verleistung des Protokolls der vorigen Sitzung und der eingegangenen Schriftstücke ergriff Grenzthierarzt Frick das Wort und sprach über Maßregeln gegen Einschleppung der Kinderpest. Die bisherigen Maßregeln, selbst strengste militärische Absperrung der Grenze, haben sich als unzulänglich erwiesen, da betrügerische Ausstellung von Ursprung-Auslesestunden und Schmuggel sich nicht verhindern ließen, es sei also an der Zeit, sich nach anderen, höheren Mitteln umzusehen. Nebner hält für nötig, daß in Russland die Märkte innerhalb des Kinderpest-Gordons verbieten würden, daß eine bessere Vernichtung der Cadaver daselbst eingeführt und die russischen Grenzen durch Veterinärs überwacht werden; daß ein gegenseitiger amtlicher und privater Verkehr der Grenzthierärzte stattfinde und daß in Russland auch, wie bei uns, der volle Wert des auf polizeiliche Anordnung getöteten Kindes gezahlt werde. Das sicherste Mittel gegen jede Einschleppung sei aber die Errichtung von Schlachthäusern jenseits der Grenze unter veterinarpolizeilicher Controle. — Correteren, Grenzthierarzt Lange, schilderte, nachdem er ebenfalls eine Fühlung der preußischen und russischen Veterinärs empfohlen, die Verhältnisse der preußisch-österreichischen Grenze. Diese sind anderer Art, da ein Schmuggel aus Interesse hier nie vorkommt, höchstens aus Fahrlässigkeit. Es wird wenig Vieh aus Österreich nach Preußen verkauft, eher umgekehrt. Doch empfiehlt er Weibehalten der Hornvieh-Controle bis mehrere Meilen von der Grenze und militärische Beziehung der Grenze bei Ausbruch der Seuche im Auslande. Auch er ist für Schlachthäuser. — Herr Regierungsrath Lucanus erwidert hierauf beiden Rednern, daß auf ein Entgegengkommen seitens Rußlands durchaus nicht zu rechnen wäre; es verhält sich zu Allem negativ und wir müßten uns allein zu schützen suchen. Wie dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse geschehen könne, sei ein fortwährendes Bestreben, da die dauernde Grenzsperrre mit allen Consequenzen zu hart sei und auch eine militärische Sperrre nicht absolut sichere. Angepeilt der Viehbesitzer an unserer Grenze, dauernde Hornvieh-Controle, für die besondere Beamte anzustellen seien, Errichtung von Schlachthäusern, über welche gegenwärtig Verhandlungen schwelen, seien Mittel, welche uns diesem Ziele entgegenführen können. — Nachdem Grenzthierarzt Werthelt aus Salmieryce in drast-

scher Weise die Verhältnisse an der polen-russischen Grenze geschildert, nach welcher Ortsvorsteher oft mehr Ursprungsaufsteile für Vieh ausstellen, als an einem Orte überhaupt Stüde vorhanden sind, empfiehlt derselbe, daß den Ortsvorstehern vom Landräthum eine bestimmte Zahl mit Stempel versehener Formulare gegeben werden, von denen sich der Aussteller eine Abschrift zu behalten habe. — Hieran schloß sich die Feier eines Doppel-Jubiläums der Herren Lüthens-Döbeln und Dr. Ulrich-Breslau, welche 25 Jahre als Departements-Thierärzte angestellt sind. Herr Polizeipräsident Dreher von Usler-Gießen, Herr Regierungsrath Lucanus und Herr Polizeipräsident von Greve beheimateten sich an dem zu diesem Zwecke veranstalteten Diner. Von Seiten des Vereines wurde dem Jubilaren je ein silberner Pokal mit den Namen der Vereinsmitglieder und ein Album mit den Photographien derselben übergeben. In zahlreichen Toasten gaben die Festteilnehmer ihren Gefühlen für die beiden Jubilare Ausdruck.

r. Waldenburg, 25. Mai. [Zur Gewerbe- und Industrie-Ausstellung.] Die vielen Anfragen, welche bezüglich der vom 17. bis 30. August c. hier stattfindenden Gewerbe- und Industrie-Ausstellung für den Kreis Waldenburg an die Ausstellungs-Commission ergeben, berechnen zu der Hoffnung, daß der Erfolg des Unternehmens den gehegten Erwartungen entsprechen wird. Mit Eifer rüstten sich die verschiedenen Zweige des Gewerbes, um auf der Ausstellung würdig vertreten zu sein und liefern dadurch den Beweis, daß im Kreise Waldenburg trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse die Lust zum Schaffen und Vorwärtsstreben noch nicht verloren gegangen ist. Obgleich das Unternehmen hauptsächlich für das Kleingewerbe von Vortheil sein soll, so wendet doch auch die Großindustrie, für welche ein materieller Werth ja allerdings nicht in Aussicht steht, demselben mehr und mehr ihr Interesse zu. Ebenso hofft die Commission auf eine Beliebung an der Ausstellung seitens der Besitzer und Verwaltungen der Kohlenbergwerke des hiesigen Reviers und geht dabei von der richtigen Annahme aus, daß die Produkte der Kohlen-Industrie so recht geeignet sind, die Ausstellung vorzugsweise für die fremden Besucher interessant und wertvoll zu machen. Was die Belebung der Ausstellung von Seiten Industrieller außerhalb des Kreises betrifft, so ist zu bemerken, daß dieselbe nur ausnahmsweise gestattet wird und zwar in dem Falle, wenn der betreffende Industriezweig im Kreise nicht vertreten sein oder keiner der einheimischen Industriellen eines solchen Zweiges sich beteiligen sollte. Neben Zulässung oder Ablehnung hat die Commission, an welche von außerhalb schon mehrfach Anfragen gerichtet worden sind, zu beschließen. Die erste Anmeldungsfrist geht mit dem 1. Juni zu Ende. Es ist wünschenswert, daß die Anmeldeformulare, welche bei dem Ausstellungs-Konsulat, Kaufmann B. Mach, unentgeltlich entnommen werden können, recht bald ausgefüllt und der Commission zugegeben werden. Zu beachten ist, daß die in den Formularen vorhandene Rubrik „Preis der Gegenstände“ sich nicht auf den etwaigen Verkauf, sondern auf die Versicherung der Gegenstände gegen Feuergefahr bezieht, weshalb es notwendig ist, den Preis genau anzugeben. Eine Berückerungsgebühr wird nicht besonders liquidirt, da dieselbe schon in den Tarifblättern enthalten ist.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 26. Mai. [Vörte.] Die Haussbewegung hält auch heute auf dem Gebiete für einheimische Eisenbahnen an, hatte im Allgemeinen indef insofern eine Abhängigkeit erfahren, als die internationalen Speculationspapiere weniger daran teilnahmen. Dieser Umstand ist umso merkwürdiger, als von den gestrigen Privatverkäufen meist höhere Notierungen gemeldet waren und das hiesige Couranteau keineswegs die Parität mit den auswärtigen Börsenplänen allzusehr überschreitet. Die für Eisenbahnen herrschende Festigkeit hatte heute eine neue Stufe in dem Bereichre gefunden, daß die Regierung gewillt sei, den Aktionären der Köln-Mindener Bahn für die Abtretung des Unternehmens die eventuelle Rente in 4% Consols zu gewähren. Man glaubte ferner hieraus folgern zu können, daß nun auch den andern zu verstaatlichen Bahnen gegenüber ein gleiches Verfahren werde eingezogen werden. Die mit der Ultimo-regulirung zusammenhängenden Operationen beeinträchtigten das laufende Tagesgeschäft durchaus nicht. Es bedangen in der Prolongation: Credit 0,20—0,50 Rep., Lombarden 0,80 Dep., Franzosen 0,40—0,50 Rep., Disconto-Commandit 0,20—0,25, Italiener 1/2—0,15 Dep., Oesterl. Goldrente 0,10 Dep., Ungar. Goldrente 0,20 Dep., Oesterl. Papierrente 1/2 Dep., 5% neue Russen 0,12½ Dep., Russische Noten 0,60—0,70. Von den internationalen Speculationspapieren zeichnet sich wiederum Lombarden durch regen Verkehr und steigende Coursesbewegung aus. Franzosen und Oesterl. Credit verhielten sich ruhiger. Die Oesterl. Nebenbahnen trugen eine sehr feste Physiognomie und kamen auch Elisabet-Wesibahn und Rudolphbahn höher zur Notiz. In den localen Speculationspapieren blieb der Verkehr beschränkt, nur Disconto-Commanditanteile waren eher belebt und erhöhten auch etwas die Notiz. Lauraactien wurden per ult. zu 75—74½ gehandelt. Eine sehr feste Haltung zeichnete das ziemlich lebhafte Geschäft in den auswärtigen Staatsanleihen aus. Österreicher Goldrente, Silberrente, 1860er Lose, Ungarische Goldrente und selbst Italiener wurden rege zu steigenden Courses umgesetzt. Auch Russische Werthe gingen mit einer Coussance aus dem heutigen Verkehr her vor. 5½% Staatsanleihen notierten per ult. 87½—88½. Russische Noten sehr fest, bei großen Umläufen per ult. 197 bis 197½—7½ (Vorprämie 198), per Juni 197½—8½—8½ (Vorprämie 200½/2½—201½). Preußische Fonds ruhig, 4% Cons. und Handbriefe in einiger Frage, andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Auch in Eisenbahn-Prioritäten stagnierte der Verkehr fast gänzlich. Auf den Eisenbahn-actienpapieren behauptete sich die feste Tendenz bis zum Schluss. Unter den rheinisch-westfälischen Speculationspapieren waren vorzugsweise Köln-Mindener blieb; per ult. notieren: Köln-Mindener 132—1¼—4½—4¼, Rheinische 124½—125—4—125, Bergische 91—9¼. Stettiner, Anhalter, Halberstädter und Hamburger besterten die Notirungen. Thüringer sehr lebhaft, Potsdamer schwächer. Für Numänen gute Kauflust zu steigendem Preise. Dresdener, Nabe-Wahn und Werra-Wahn in guter Frage. Von Prioritäts-Stamn-Actionen waren Halle, Sorau, Gubener belebt, Banfactien waren zu leicht fest. Darmstädter belebt und höher. Leipziger Credit, Barmer Bankverein, Meininger Bank, Hübner Hypotheken, Niederlausitzer Bank, Breslauer Wechslerbank, Gothaer Grund-Creditbank und Breslauer Disconto-Bank zogen ebenfalls in den Courien an. Billiger waren erhältlich Bayrische Handelsbank und Antwerpener Centralkant. Industriepapiere behaupteten sich ziemlich gut. Sächs. Weißtahl steigend, Norddeutsche Eiswerke höher, Ahrens Brauerei besterte die Notiz. Oberösl. Eisenbahnbedarf zogen etwas an, Centralstraße dergleichen. Morawianer waren weniger fest. Rhein-Naßau, Lauchhammer und Bochumer anziehend. Gelsenkirchen und Phönix A. gaben etwas nach.

Um 2½ Uhr: Zeit. — Credit 464,—, Lombarden 164,50, Franzosen 472,50, Reichsbank 155,—, Disconto-Commandit 154,50, Laurabütt 74,50, Türken 11,87, Italiener 80,50, Oesterl. Goldrente 70,12, Ungarische Goldrente 82,—, Oesterl. Silberrente 61,25, do. Papierrente 59,37, 5% Russen 88,12, Köln-Mindener 134,25, Rheinische 125,—, Beraische 91,50, Numänen 32,50, Russische Noten 197,50. Marienburg-Mlawo-Prioritäten — Gld.

Coupons. (Course nur für Boston.) Oesterreich. Silberrente-Cp. 173,— bez., do. Eisenbahn-Coupon 173,— bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. i. Wien, Amerit. Gold-Dollar-Bonds 4,1625 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,1625 bez., do. Papier-Dollars 4,1625 bez., 6% New-York-Cp. —, bez., Russ. Central-Boden min. —, Pf. Paris, do. Papier und varl. min. 75 Pf. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warsaw, Russ.-Engl. cons. verl. —, bez., Russ. Zoll 20,64 bez., 22er Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warsaw-Wien Comm. —, bez., 8% Rum. Div.-Sch. p. 78 5,50 Gd., Warsaw-Terespol —, bez., 3% und 5% Lombard min. —, Pf. Paris, Diverse in Paris zahl

Berliner Börse vom 26. Mai 1879.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.			
Deutsche Reichs-Anleihe	4 99,00	bzG	Amsterdam	100 Fl. 8 T. 1/2 189,70 bz
Consolidirte Anleihe	4 105,75	bzG	do. do. 3 1/2 189,00 bz	
do. do. 1876	4 98,86	bz	London 1 Lstr. 3 M. 2 26,35 bz	
Staats-Anleihe	4 98,50 G		Paris 100 Frs. 8 T. 2 81,10 bz	
Staats-Schuldscheine	3 1/2 94,25	bzG	Petersburg 100 SR. 3 M. 6 196,45 bz	
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2 122,80	bzG	Warschau 100 SR. 8 T. 6 197,00 bz	
Berliner Stadt-Oblig.	4 103,20	bz	Wien 100 Fl. 8 T. 4 173,45 bz	
Berliner	4 102,75	bzB	do. do. 2 M. 4 172,43 bz	
Pommersche	3 1/2 88,20	bz		
do. do. 4 96,10	bz			
do. do. 4 103,90	bzB			
Sächsische	3 1/2 97,75	bz		
Badische	4 97,50	bz		
Landschaftl. Central	4 98,20	bz	Ducaten 9,61 bz 4,22 G	
Kur.-u. Neumarkt	4 98,20 G		Oster. Bkn. 173,90 bz	
Pommersche	4 98,20	bz	do. Silberg — Russ. Bkn. 197,30 bz	
Preussische	4 98,20	bz	Imperialis 16,68 bz	
Westfäl. u. Rhein.	4 99,25	bz		
Sächsische	4 98,64	bz		
Ruhrsch. 4 98,50	bz			
Badische Präm.-Anl.	4 132,36 G			
Bayerische 4% Anleihe	4 132,40 G			
Cöln-Mind. Prämiesch	4 132,60	bzG		
Bäcks. Kente von 1876	3 75,40 bz			

Hypotheken-Certificate.

	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.			
Divid. pro	1877/1878			
Aachen-Mastricht.	1/2 1/2 4 18,00 bzG			
Berg.-Märkische.	3 1/2 4 91,50 bz			
Berlin-Anhalt.	5 4 94,25 bzG			
Berlin-Dresden.	0 4 13,75 bzB			
Berlin-Görlitz.	0 4 16,50 bzG			
Berlin-Hamburg.	11/2 1/2 4 15,00 bzG			
Berl.-Potsd.-Magdeb.	3 1/2 2 1/2 4 91,70 bzB			
Berl.-Stettin.	7 1/2 3 1/2 4 10,75 bz			
Böhmis. Westbahn.	5 5 4 84,30 bz			
Bresl.-Freib.	2 1/2 3 1/2 4 77,80 bz			
Cöln.-Mindens.	5 1/2 6 3 133,60-34 10 bz			
Dux-Bodenbach.	0 4 28,25 bzG			
Gal. Carl-Ludw.-B.	99/2 8,214 4 106,50 bz			
Halle-Sorau-Gub.	0 4 14,75 bzG			
Hannover-Altenb.	0 4 14,50 bzB			
Kaschau-Oderberg.	4 4 50,75 bzG			
Kronpr. Rudolph.	5 5 58,75 bzG			
Ludwigs.-Bexb.	9 9 48,50 bzB			
Märk.-Posener.	0 4 23,00 bzG			
Magdeb.-Halberst.	8 6 144,75 bz			
Mainz-Ludwigh.	5 4 75,00 bz			
Niederschl.-Märk.	4 4 96,30 bz			
Oberschl. A. C. D. E.	8 1/2 3 1/2 4 156,00 bz			
do. B. .	8 1/2 3 1/2 4 137,16 bzG			
Oesterl. Fr. St. B.	6 4 47,50-57 bz			
Oest. Nordwestb.	4,15 5 23,60 bz			
Oest. Südb. (Lomb.)	0 4 16,00-64,50 bz			
Ostpreuss. Südb.	0 9 48,40 bzG			
Rechte-O.-U.-B.	6 1/2 4 123,60 bzG			
Reichenberg-Pard.	4 4 44,00 bz			
Rheinisch-Pf.	7 7 124,25-75 bz			
do. Lit. B. (40%)	4 4 96,40 bzG			
Rhein-Nahe-Bahn.	0 4 14,75 bz			
Ruman. Eisenbahn	2 4 32,50-37,40 bz			
Schweiz-Westbahn.	0 4 18,40 bz			
Stargard - Posener	41/2 41/2 4 162,25 bz			
Thüringer Lit. A.	7 1/2 8 4 132,50 bzG			
Wünschaw-Cun.	5 4 186,00 bz			

Ausländische Fonds.

	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.			
Buss. Präm.-Anl.	11/2 9,00 bz			
Krupp'sche Partial-Ob.	99,50 bz			
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. B.	41/2 163,40 bzG			
do. do. 5 163,00 bzG				
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	41/2 98,06 G			
do. do. 5 105,50 bzG				
Künd. br. Cend.-Bod.-Cr.	41/2 101,10 G			
Ukland. do.	1872/5 105,75 B			
do. rückba. a. 11/2 116,40 bzG				
do. do. 41/2 162,90 bzB				
Uk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	—			
III. Em. do.	163,25 bzG			
Künd. do. H. Schulz. do.	5			
Hyp.-anth. Nord.-G. C. B.	96,25 bzG			
do. do. Pfandb.	5 94,00 bzG			
Pomm. Hyp.-Brief.	3 106,00 B			
do. do. II. Em. 5	96,25 bzG			
Goth. Präm.-P. I. Em.	5 114,00 bz			
do. II. Em. 5	110,90 bz			
do. do. 41/2 160,10 41/2 161,00 bz				
do. do. 5 162,50 bzG				
Meiningen Präm.-Pfd.	4 117,00 bz			
Böhmis. Bodenac.-Pfd.	5 162,40 G			
do. do. do.	41/2 99,50 G			
do. do. 5 104,50 G				
gadd. Bod.-Cred.-Pfd.	5 104,50 G			
do. do. 41/2 104,50 G				
do. do. 5 108,40 G				

Bank-Papiere.

	Bank-Papiere.			
Alg. Den. & Hand. G.	2 4 32,40 G			
Anglo Deutsche B.	0 4 4 40,00 bzG			
Angl. Cass.-Var.	8 1/2 8 1/2 4 120,00 G			
Berl. Handels-Ges.	0 4 66,00 bzG			
Brl. Pr. d. Hdls. B.	6 4 68,00 bz			
Braunschw. Bank.	3 4 87,29 G			
Bresl. Bank.	3 4 78,50 bzG			
Bresl. Wechslerb.	5 1/2 5 1/2 4 84,80 bzG			
Coburg Cred. Bk.	5 1/2 5 1/2 4 74,63 bzG			
Danziger Priv. Bk.	6 1/2 6 1/2 4 106,30 G			
Darmst. Creditb.	6 1/2 6 1/2 4 131,50 bzG			
Darmst. Zettelb.	6 1/2 6 1/2 4 120,20 bzG			
Deutsche Bnk.	6 2,20 6 2,20 4 155,60 bz			
do. Hyp. B. Berlin.	7 1/2 6 1/2 4 90,40 bz			
Disc. Comm. Anth.	5 1/2 5 1/2 4 154,10 bz			
do. ult.	5 1/2 5 1/2 4 153,75-64,25			
Genossensch.-Bnk.	5 1/2 5 1/2 4 98,00 G			
Goth. Gründereb.	5 1/2 5 1/2 4 92,35 bz			
do. junge	6 4 93,75 G			
Hamb. Vercins-B.	10 1/2 9 1/2 4 121,75 G			
Hannov. Bnk.	6 1/2 6 1/2 4 164,00 bz			
Königsb. Ver.-Bnk.	6 4 87,50 G			
Ldw.-B. Kwieckl.	0 4 129,00 bzB			
Leipz. Cred.-Ainst.	6 1/2 6 1/2 4 118,50 bzG			
Luxemburg. Bank.	6 1/2 6 1/2 4 50,00 bz			
Magdeburger do.	2 1/2 2 1/2 4 84,75 bzG			
Nord. Bnk.	5 1/2 5 1/2 4 144,50 G			
Nord. Gründner. B.	5 1/2 5 1/2 4 73,00 bz			
Oest. Cred. Action.	5 1/2 5 1/2 4 462,44 G			
Posener Prv. Bk.	5 1/2 5 1/2 4 195,50 G			
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	5 1/2 5 1/2 4 17,00 bz			
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9 1/2 9 1/2 4 124,40 bzG			
Pr. Cred.-Anstalt.	5 1/2 5 1/2 4 124,40 bzG			
Pr. do. 104,00 G				
do. do. IV. 4 1/2 104,00 G				
do. do. V. 4 1/2 104,00 G				
Halle-Sorau-Guben.	4 1/2 4 102,75 G			
Hannover-Altenbeken.	4 1/2 4 99,00 bz			
Märkisch-Posen.	4 1/2 4 95,00			
M. M. Staatsb. I. Ser.	4 98,00 G			
do. do. II. Ser.	4 98,00 G			
do. do. III. Ser.	4 98,00 G			
do. do. IV. Ser.	4 98,00 G			
do. do. V. Ser.	4 98,00 G			
do. do. VI. Ser.	4 98,0			